



Wochenschriftlicher Koenigsberger, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnent. 50 Pf.,
ausserhalb pro Quartal incl. Porto 1 Mark 50 Pf., Anzeigensätze für den
Raum einer halben Zeile 20 Pf., Restante 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 119. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Montag, den 12. März 1877.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Reichstages (10. März 1877).

11 Uhr. Am Tische des Reichstages: Hofmann, v. Kameke, v. Stofch, Stephan, Berglar, v. Bergles, v. Notitz-Ballwitz, Geh. Rath Dr. Michaelis, Generalmajor v. Voigt-Köbe, v. Fries, Faber du Faur, Major v. d. Plantz u. A.; später Fürst Bismarck.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Reichshaushaltsetats für 1877/78.

Der Vorschlag des Abg. Richter (Hagen), gleichzeitig seinen als zweiten Gegenstand auf der Tagesordnung stehenden Antrag, betr. die Uebertragung aller dem Etat zur Last fallenden Militär-Invalidentpensionen auf den Reichsinvalidentfonds, zur Debatte zu stellen, wird vom Präsidenten mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlagen abgelehnt.

Präsident Hofmann: Es wird dem Hause von Interesse sein, bei Beratung des neuen Etats eine kurze Mittheilung über die mutmaßlichen Ergebnisse der laufenden Rechnungsperiode entgegenzunehmen. Ich habe bei Vorlage des Quartaleats einige, allerdings nur auf allgemeiner Schätzung beruhende Mittheilungen gemacht, die damit schlossen, daß für das Ende des Jahres 1876 ein Ueberschuß von ungefähr 8 Mill. M. im Reichshaushalt zu erwarten sei. Infolge dieser meiner Mittheilung wurde damals ein Antrag von über 8 Mill. M. dem Antrag der Einnahme der Rübensteuer für das erste Quartal 1877 zugelegt, so daß, in der Voraussetzung, daß die damalige Voraussicht sich erfüllen sollte, der Quartaleat in Einnahme und Ausgabe balancirt haben würde. Es hat sich nunmehr, nachdem die Rechnungen bis Ende 1876 abgeschlossen sind, ergeben, daß der damals von mir vermuthete Ueberschuß von 8 Mill. M. sich nicht vollständig herausgestellt hat; es hat sich nur ein Ueberschuß von etwas über 6 Millionen Mark ergeben, somit also eine Differenz von etwa zwei Millionen Mark, die ja bei einem so umfassenden Haushalt wie der des Reiches keineswegs auffallen kann.

Es haben nicht alle die Ersparnisse wirklich durchgeführt werden können, die man in der vorigen Session ins Auge faßte; es haben sich auch die Mehreinnahmen, die man damals erhofft, nicht vollständig verwirklicht, so daß also, wenn man für das Ende 1876 abschliesse, ein Minderbetrag nicht gedeckter Ausgaben von etwa 2 Millionen Mark vorhanden sein würde. Nun wird ja nach der Einrichtung, die durch das Quartalsgesetz getroffen ist, für das Jahr 1876 keine besondere Rechnung gelegt werden, sondern es überträgt sich der von mir bezeichnete Fehlschlag auf das jetzt laufende Vierteljahr, und es fragt sich nun, ob Aussicht vorhanden ist, daß durch die Resultate dieses Quartals der Fehlschlag von 2 Millionen Mark wieder ersetzt werden können. Diese Aussicht ist leider nicht vorhanden. (Hört!) Die Erfahrungen, die wir namentlich im Monat Januar über die Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern gemacht haben, lassen keineswegs erwarten, daß in diesem Vierteljahr ein so bedeutender Mehrertrag auskommen werde, daß der genannte Ausfall gedeckt werden könnte. Wir müssen im Gegentheil darauf gefaßt sein, daß auch das laufende Vierteljahr mit einem Deficit abschließen werde. Es haben die Ist-Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern im Monat Januar 422,687 M. weniger betragen; die Soll-Einnahmen 1,383,000 M. weniger. Unter diesen Umständen würden wir annehmen müssen, daß bei dem Schluss der jetzt laufenden 15monatlichen Rechnungsperiode sich ein sehr bedeutender ungedeckter Betrag ergeben würde, wenn nicht glücklicherweise in diesem Vierteljahr eine außerordentliche Einnahme der Reichshauptkasse zu Hilfe käme, die daher rührt, daß während der Bauquantumsperiode von der Militärverwaltung Naturalbestände verwandt worden sind und daß jetzt der Ertrag dafür der Reichshauptkasse im Betrage von ungefähr 4 Millionen Mark zugeflossen ist. Hieraus begründet es sich, daß man voraussetzen kann, es wird die laufende Rechnungsperiode ohne Deficit abschließen; man darf jedoch nicht annehmen, daß irgend ein Ueberschuß aus der jetzt laufenden Rechnungsperiode in das neue Etatsjahr übertragbar werden können.

Was nun den Etat für das Jahr 1877/78 selbst anbetrifft, so sind alle die Gesichtspunkte, von denen man bei der Aufstellung desselben ausging, in der dem Etat beigefügten Denkschrift des Näheren dargelegt. Ich beschränke mich daher auf wenige Angaben. Im Ganzen haben sich die Einnahmen und Ausgaben gegen das Vorjahr um 68 Millionen Mark erhöht. Von dieser Erhöhung fällt bei Weitem der größte Theil, nämlich etwa 57 Millionen Mark auf die einmaligen Ausgaben, während die fortdauernden Ausgaben sich im Ganzen um 11 1/2 Millionen Mark vermehrt haben. Um indessen diese Zahlen mit dem Vorjahre richtig vergleichen zu können, ist es notwendig, daß man diejenigen Beträge, sowohl in Einnahme, wie in Ausgabe, ausschaltet, die bisher in abgeordneter außerordentlicher Verwaltung berechnet wurden. Es kommt hier namentlich in Betracht, daß in dem jetzigen Etat zum ersten Male Ausgaben aus der französischen Kriegskassenentwöhnung aufgenommen sind. Es ist das allein ein Betrag von 21,300,622 M. Scheidet man diese, sowie andere Ausgaben aus, die ebenfalls nur als durchlaufende Posten zu betrachten sind, so ergibt sich gegenüber dem Vorjahre nach Abzug der Minderausgaben bei einzelnen Titeln und Capiteln eine Mehrausgabe von 17,774,000 M. Dieser Mehrausgabe tritt eine Mindereinnahme von 27,659,000 M. hinzu, so daß sich im Ganzen gegenüber dem Vorjahre ein durch die Einnahmen des Reiches zu bedeckender Mehrbedarf von 45,433,000 M. ergibt. Ich weise indes darauf hin, daß, was die Mindereinnahmen betrifft, der bei Weitem beträchtliche Posten sich bei den Ueberschüssen gegen das Vorjahr zeigt. Es waren im vorigen Jahre bekanntlich 34 Millionen Mark an Ueberschüssen eingestellt, während in dem jetzigen Etat nur 11 Millionen Mark an Ueberschüssen eingestellt werden konnten. Das allein giebt schon eine Differenz von rund 23 Millionen Mark, die, wenn das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben sich im Uebrigen gleich bleibt, auf dem verfassungsmäßigen Wege, d. h. durch Matricularbeiträge gedeckt werden mußten. Und dies ist auch das Schlussergebnis des Reichshaushalts, daß gegenwärtig ein Deficit vorhanden ist, welches ungefähr dieser Differenz zwischen den Ueberschüssen des Vorjahres und des laufenden Jahres gleichkommt.

Der Mindereinnahme von 45 Millionen Mark steht gegenüber eine Mehreinnahme von 19 Millionen Mark, so daß also ein Minderbetrag von 26,940,000 Mark verbleibt. Ich habe sodann noch insbesondere die Mehreinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern im Betrage von rund 10 Millionen Mark hervor, die aus der neuen Art der Veranschlagung dieser Zölle und Steuern resultirt. Bisher hat bekanntlich die Veranschlagung der Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern nach Maßgabe des Durchschnittsergebnisses der drei letzten, zur Zeit der Staatsanstellung abgeschlossenen vorliegenden Jahrgänge stattgefunden. Die auf diese Weise bewirkten Anschläge sind indes fast regelmäßig hinter dem wirklichen Erfolge, und zwar oft nicht unwesentlich, zurückgeblieben. Da der Stand der Bevölkerung auf die Conjunction zoll- und verbrauchssteuerpflichtiger Gegenstände von ungleichbarem Einfluß ist, so konnte es zulässig erscheinen, bei der Veranschlagung der hierauf beruhenden Reichseinnahmen auch auf diejenige Steigerung des Ertrages Rücksicht zu nehmen, welche dadurch entsteht, daß das Deutsche Reich in dem bevorstehenden Etatsjahre eine größere Bevölkerung hat, als in den Fraktionsjahren, welche dem Staatsanschlage, wie bisher, zu Grunde gelegt sind. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählungen vermehrt sich in der Neuzeit die Bevölkerung Deutschlands jährlich um rund 1 Procent. Bei dem Etatsentwurf für 1877/78 umfaßt die dreijährige Fraktionsperiode den Zeitraum vom 1. April 1873 bis 31. März 1876; die Mitte des Etatsjahres fällt also auf einen drei Jahre späteren Zeitpunkt, als die Mitte der Fraktionsperiode. Demgemäß sind den nach der bisherigen Anschlagsmethode berechneten Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern — mit Ausnahme der Tabaks- und Brausteuer — etwa drei Procent ihres Betrages hinzuzuschlagen. Das Schlussergebnis des Etats ist also ein nicht gedeckter Mehrbedarf von 26 Millionen Mark, der nach Artikel 74 der Reichsverfassung, sofern nicht die Zölle und Verbrauchssteuern erhöht resp. neue Steuern eingeführt werden sollen, durch Matricularbeiträge zu decken sein wird. Die Frage, weshalb die Regierung nicht mit einem Vorschlage auf Erhöhung der Steuern oder Einführung neuer Steuern vorgegangen ist, beantwortet

sich durch den Hinblick und die Rücksicht auf die Haltung, welche der Reichstag in früheren Sessionen solchen Projecten gegenüber eingenommen hat.

Es ist wiederholt von dem Hause die Ansicht und das Verlangen ausgeprochen worden, daß die Bundesregierung nicht mit Erhöhung einzelner Steuern oder mit Schaffung neuer indirecter Einnahmequellen vorgehen, sondern einen umfassenden Reformplan hinsichtlich des Steuerwesens im Reich aufstellen und vor den Reichstag bringen solle. Es war nun absolut unmöglich, in dieser Session einen derartigen Reformvorschlag hinsichtlich der Zölle und Steuern dem Hause vorzulegen und es wird daher begreiflich erscheinen, daß die Regierung Bedenken trug, abermals mit dem Vorschlag der Erhöhung einzelner Steuern vor das Haus zu treten. Es ist im Etat der Vorbehalt gemacht, daß man auf eine Verminderung der Matricularbeiträge durch Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches zurückkommen werde. Ob die Regierung von diesem Vorbehalte Gebrauch machen wird, wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Stimmung des Hauses gegenüber der Etatsvorlage gestalten wird. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß auch, wenn die Matricularbeiträge bis zu dem Betrage, der das Deficit deckt, erhöht werden sollten, sie dennoch für den Kopf der Bevölkerung nicht mehr betragen, sogar weniger betragen würden, als sie im Jahre 1872 und in den 4 vorhergehenden Jahren betragen. Die Matricularumlagen haben nämlich pro Kopf der Bevölkerung betragen: im Jahre 1868 2,37 M., im Jahre 1869 2,47 M., im Jahre 1870 2,40 M., im Jahre 1871 2,23 M., und im Jahre 1872 2,10 M. Nach dem jetzt vorliegenden Etatsvorschlag pro 1777/78 werden sie pro Kopf 1,80 M. betragen. Sie müssen somit zugeben, daß unser Vorschlag der Erhöhung der Matricularbeiträge keineswegs etwas Exorbitantes ist, da er selbst gegen die Höhe von 1872 noch um 30 Pf. pro Kopf zurückfällt. (Hier folgt die Rede Lasker's, die wir des Raumes wegen erst morgen mittheilen gewollt sind. Desgleichen die Entgegnung Hofmann's und die Rede von Malshahn-Gilly. Darauf spricht der Abg. Richter. D. Red.)

Abg. Richter (Hagen): Wir haben im Gegensatz zu dem Präsidenten des Reichstages den Abg. Lasker dahin verstanden, daß er glaubt, nicht nur der Steuerreformplan im Ganzen, sondern auch Dedungsvorschläge für das einzelne Etatsjahr dürften nicht aus der Initiative, aus der Stimmung des Hauses hervorgehen. Ich bleibe dabei stehen: ein Etat, der keine vollständigen Dedungsvorschläge enthält, ist überhaupt kein Etat, ist nicht vollständig. Der Abg. v. Malshahn-Gilly hat schon entgegnet, daß nur die Regierung im Besitze des gesammten einschlägigen Materials im Stande sei, eine sachgemäße Vorlage zu machen. Will man uns die Initiative überlassen, dann müßte folgerichtig die Reichsfinanzverwaltung dem Vorliegenden unserer Budgetcommission zur Ausarbeitung der Vorschläge unterstellt werden. Die Initiative in Finanzsachen trägt nur dann eine Bürgschaft für ihre Nichtigkeit in sich, wenn sie von der vollen Verantwortlichkeit in Bezug auf die Ausführung dieser Vorschläge getragen wird. Deshalb ist eine parlamentarische Regierung, wie sie der Abg. Lasker erwähnt hat, gerade in Finanzsachen dringend erforderlich. Der Abg. Lasker hat hier sicherlich nicht, wie der Präsident des Reichstages glaubt, an das Surrogat einer parlamentarischen Regierung, durch private Umarmung der Minister mit den Führern der Majorität gedacht, obgleich solche Vorgänge stattgefunden haben. Was uns jetzt geboten wird, ist weniger parlamentarische Regierung, als vielmehr Anarchie, wenn man erwartet, daß aus der Mehrheit des Hauses ein Finanzplan aufsteigt, der den mangelhaftesten Plan der Regierung ergänzt und daß dieser Plan die Mehrheit des Hauses und des Bundesraths findet. Dadurch wird das ganze constitutionelle System auf den Kopf gestellt. Statt daß wir die Regierung kritisiren, kritisirt die Regierung unsere Vorschläge. Der Abg. Lasker hat, von ähnlichen Erwägungen geleitet, im Namen seiner Partei erklärt, daß verantwortliche Minister im Reich eine der dringendsten Forderungen der praktischen Politik sei.

Ich hoffe, daß die Herren nun auch einen dahingehenden Antrag stellen werden; unserer Unterstützung sind sie darin vollständig sicher. Wir haben nur deshalb hierin nicht die Initiative ergriffen, weil wir ungewiß waren, ob sich für einen solchen Antrag eine Majorität finden werde und wir den Antrag nicht der Gefahr der Ablehnung aussetzen wollten. Warum schließt die Regierung aber in diesem Jahre sich nicht der Finanzpolitik an, welche sie in den letzten zwei Jahren in Uebereinstimmung mit dem Reichstage und auf dessen Initiative befolgt hat? Hat sich diese Politik nicht bewährt? Selbst wenn wir jetzt zu der von der Regierung geforderten Erhöhung der Matricularbeiträge kommen, haben wir doch vor zwei Jahren die gleiche Erhöhung der Matricularbeiträge und im vorigen Jahre die neuen Steuern erpart, ohne daß die Finanzverwaltung in Unordnung gerathen ist. Im Gegentheil, wir sind uns über das Maß der vorhandenen Mittel zu größerer Klarheit gelangt. Ist nun diese Politik etwa am Ende ihrer Wege angekommen? Nein, um die Erhöhung der Matricularbeiträge zu vermeiden, hätte die Regierung nur die durch unsere Resolutionen, Gesetzesbestimmungen und andere Anregungen bereits im vorigen Jahre für diesen neuen Etat gewiesenen Wege zu betreten brauchen. Hatte die Regierung keine eigenen Gedanken, so brauchte sie nur die ihr im vorigen Jahre nahe gelegenen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Das Jahr 1876 schließt noch immer mit einem Ueberschuß von über 6 Millionen ab. Hat das laufende Quartal wirklich ein Deficit, und zwar von 2 Millionen, so liegt dies an den unglücklichen Kalendermonaten dieses Quartals. Uebrigens sind ja die Ertragsmittel für überflüssig gewordene Naturalbestände der Militärverwaltung aus der Bauquantumsverwaltung zu stellen. Die Budget-Commission hat diese Bestände im vorigen Jahre erredet und sie ausdrücklich für spätere Jahre zur Verwendung zurückgelegt. In den letzten Abschlüssen liegt also durchaus kein Symptom für den Rückgang unserer Finanzverhältnisse. Wie gesagt, brauchte die Regierung nur den ihr im vorigen Jahre gewiesenen Weg zu betreten, um eine Erhöhung der Matricularbeiträge zu vermeiden. Nur insofern hat die Regierung unserer Anregung nachgegeben, als jetzt Zölle und Verbrauchssteuern nach einer der Wirklichkeit näher kommenden Methode veranschlagt sind. Immerhin bleibt der Staatsanfall dieser Einnahmen noch hinter den wirklichen Einnahmen von 1876 zurück. Wenn Invalidentfonds forderte die Regierung eine Resolution des Hauses ausdrücklich auf, die entbehrlichen Actbestände zu ermitteln und für dieses Jahr Verwendungsvorschläge zu machen.

Die Uebernahme der älteren Pensionen wurde von uns bereits im vorigen Jahre beantragt. Unter Annahme jener Resolution fand sich das Haus mit diesem Antrage ab und lehnte ihn damals ab. Nun haben wir diesen Antrag erneuert. Inzwischen hat die Regierung selbst ermittelt, daß für die Zwecke des Invalidentfonds 107 Millionen Capitalbestände in demselben entbehrlich sind. Die Uebernahme der Pensionen verzehrt noch nicht 50 Millionen Capital. Es ist daher richtig nach § 2 unseres Antrags, 55 Millionen für Zwecke zu verwenden, für welche wir nach dem Vorschlage der Regierung Anleihen aufnehmen sollen. Wer seine Schulden bezahlt, verbessert seine Güter. Nur um am Zins eine Kleinigkeit zu ersparen, nimmt selbst ein Privatmann nicht Hypothekenschulden auf, um sich sonst entbehrliches Capital unverwendet zu lassen. Der Invalidentfonds muß nach unseren Beschläßen ohnedies seine Eisenbahn-Prioritäten bis 1880 verkaufen. Ob er nun den Erlös zum Ankauf von Reichsobligationen verwendet oder zu Zwecken, wodurch die Ausgabe dieser Obligationen überhaupt erspart wird, macht einen Unterschied nur in Bezug auf die Zinsen. Wenn der Invalidentfonds solche Zinseinnahmen für seine Zwecke nicht bedarf, ist es nicht richtig, den Reichshaushalt mit Zinsausgaben jetzt weiter zu belasten. Unseren, aus dem vorigen Jahre stammenden § 1 wollen Sie in diesem Jahre annehmen annehmen. Wenn Sie etwa § 2 erst im nächsten Jahre annehmen wollen, so rathe ich doch, es gerade jetzt zu thun, da die Ausführung gerade jetzt leichter und dringender ist. Den Kostenanfall für das Reichstagsgebäude wollen wir keineswegs mit dem Abg. Lasker dem Architekten überlassen. Allzuviel soll das Gebäude auch nicht kosten; schon liegen 2 1/2 Millionen bereit. Unter diesen Umständen ist es nach § 3 unseres Vorschlages wenigstens für diese Jahr gerechtfertigt, die Zinsen von diesem Capital in den Etat einzustellen. Auf die Ersparnisse am Münzgeschäft komme ich erst im nächsten Jahre zurück.

Für dieses Jahr will ich der raschen Einziehung der Thaler und der Befreiung des Verlustes hierbei keine Hindernisse bereiten. Dem Abg.

v. Malshahn-Gilly entgegen ich in Bezug auf die Reichsbank, daß die hier veranschlagte Einnahme den Actionären nur 5 1/2 Procent Dividende verspricht, ein für die mit 130 bezahlten Actien sehr mäßiger Gewinn. Im Vorübergehen bemerke ich, daß die Zinseinnahmen um 1 1/2 Millionen zu niedrig, die Pensionsausgaben um 1 Million Mark zu hoch veranschlagt sind. Nach dem im vorigen Jahre auf unsere Initiative erlassenen Gesetze sollten die Zinssparnisse aus vorübergehender Belegung der französischen Kriegskontribution, soweit darüber nicht bestimmt ist, als Dedungsmittel auf diesen Etat gebracht werden. (Redner weist ausführlich nach, daß dies bei verschiedenen Posten nicht geschehen ist und man zu Lasten dieses Etats überflüssige Capitalien bei Seite gelegt hat.) Die Nachweisung über die französische Kriegskontribution ist geschickt arrangirt, aber auch nur das, sie hört auf, wo die Rechnung über den Norddeutschen Bundesfonds beginnt. Schon im vorigen Jahre machte ich auf die entbehrlichen Bestände aufmerksam, welche dort vorhanden sein müssen. Seitdem sind 24 Millionen Mark verteilt. Nach meiner Schätzung müssen aber noch mindestens 20 Mill. Mark auf diesem Conto entbehrlich sein. In Bezug auf die Mehrkosten der Occupationarmee im Elsaß differirt der Anschlag mit den Rechnungen um 20 nicht aufgekärte Millionen. Bei dem Conto V, Nr. 1 bis 7 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 sind unter den aufgeführten 120 Millionen 15 vom Reichstag noch nicht justificirt. Im vorigen Jahre sprach ich von 90 Millionen aus der französischen Kriegskontribution, deren Bestimmung nicht klar sei. Nach den inzwischen gemachten Verwendungen und Verteilungen bleibe ich dabei, daß dasselbe jetzt auch in Bezug auf 50 bis 60 Millionen Mark zutrifft. Unter diesen Umständen haben wir keine Veranlassung, davon abzusehen, daß die Zinseinnahmen aus der Contribution aus dem Kreis der allgemeinen Dedungsmittel dieses Etats herausfallen. Es giebt in unserer Militärfinanzverwaltung noch eine sehr dunkle Ecke, das ist die Verwendung der von Frankreich für die Occupationarmee seiner Zeit gezahlten Verpflegungsgelder. Angeblich wegen besonderer Schwierigkeiten ist noch nicht der Anfang einer Rechnungslegung darüber vorhanden.

Wie man hört, sind aus jedem Geldern Donationen an Offiziere und Beamte gezahlt, Offizierscafés doirt, auch für mehr als eine Million Thaler die Conferensfabrik in Mainz erbaut. Amlich wissen wir von letzterer gar nichts. Es heißt, nicht das Reich besitze sie, sondern, was mir unverständlich ist, das 3. Armee-Corps habe das Eigentum, die Verwaltung und betreibe dieselbe auch jetzt mittelst besonderer Beamten. Eine besondere Interpellation darüber behalten wir uns vor. Noch in anderer Richtung hätte die Regierung auf dem von uns eingeleiteten Wege behufs Dedung des Deficits vorgehen sollen. Die Prüfung der Restbestände bei der Marine hat in zwei Jahren uns erhebliche Ersparnisse möglich gezeigt. Diefelbe Prüfung muß nun nach Aufhebung der Bauquantumsverwaltung auf die Militärverwaltung ausgedehnt werden. Dem widerstreitet allerdings ein gewisser Resort- oder Decernatpatriotismus. Derselbe sucht sich möglichst viel Fonds, unbekümmert um die allgemeine Finanzlage, übertragbar zu erhalten und für die folgenden Jahre zur bequemeren Wirtschaft zu reserviren. (Redner weist im Einzelnen nach, wie man bei übertragbaren Fonds im Etat pro 1875 12 1/2 Millionen mehr gefordert und erhalten habe. Am Ende selbigen Jahres hätten aber 17 Millionen auf das Jahr 1876 übertragen werden können, theils als Restfonds von 1875, theils als Restfonds aus der 1874 abgelassenen Bauquantumsverwaltung. Der Haupttheil komme auf die seiner Zeit besonders tapfer verteidigten Fonds für Munitionswesen.) Gelegentlich haben wir auch erfahren, daß sich bei der Generalmilitärkasse noch entbehrliche Depositen aus früheren Grundstücksveräußerungen finden. Mittelft eines scharfen Besens können so allein aus Restbeständen der Militärverwaltung noch mehr als 10 Millionen zusammengekehrt werden.

Ich komme zu dem Schluss, daß zur Vermeidung der Erhöhung der Matricularbeiträge nicht nur 24 Millionen, sondern eine noch höhere Summe an Dedungsmitteln zur Auswahl vorhanden ist und daß die Regierung auf die Benutzung dieser Dedungsmittel theils durch gesetzliche Bestimmungen, theils durch Resolutionen dieses Hauses, theils durch die bisherige Praxis hingewiesen war. Wir erklären daher hierdurch auf das Bestimmteste, daß wir die geforderte Erhöhung der Matricularbeiträge auch nicht zur Hälfte bewilligen wollen, sondern die bisherige Summe an Matricularbeiträgen vollständig ausreichend erachten. Für 10 Millionen Dedungsmittel habe ich nachgewiesen, die auch im nächsten Jahr wieder vorhanden sind. Werden dazu gewisse einmalige überflüssige Bestände genommen, so ist dies durchaus rationell, da in einem so großen Haushalt auch künftig überflüssige Bestände bald an dieser, bald an jener Stelle zur Ersparnis kommen müssen. Allerdings so glücklich ist unsere Finanzlage durchaus nicht, daß die vorhandenen Dedungsmittel uns von einer scharfen Prüfung der Ausgaben auch in materieller Beziehung entbinden. Wir hätten als Mehrheit schon manche Ausgabe bereits früher gestrichen. Die Mehrheit wird aber manche neue Ausgabe streichen müssen, schon weil sie für spätere Jahre Mehrforderungen nach sich zieht. Beispielsweise den dreizehnten Infanteriehauptmann. Damit wird das Prinzip eingebürgert, Offiziersstellen, die man nur für den Krieg bedarf, gleichwohl schon für den Frieden herzustellen. Das Prinzip tritt in diesem Jahre um so nachdrücklicher, als der Offizier nicht zugleich wie im vorigen Jahre bei dem Vorschlag eine Verwendung im Landwehrbezirkscommando erhalten soll, was allerdings besondere Unzulänglichkeiten hat. Wenn die Franzosen eine stärkere primäre haben als wir, so bleiben sie an der Mannschafszahl in den Cadres um so mehr zurück. (Redner verliest einen Bericht des preussischen Generalstabsoffiziers Jahn über die französische Armee, wonach dieselbe effectiv um mehr als 80,000 Mann 1875 und 1876 hinter der deutschen Armee zurückgeblieben ist und die Compagnien mitunter weniger als 40 Mann stark sind.)

Wir haben die volle Präsenzstärke. Das neue Militärgesetz verhindert uns, auch in solchen Jahren Erparungen zu verlangen, wie sie bis zum Militärgesetz die Regierung selbst vorgenommen hat. Eine absolutistische Regierung würde in solcher Zeit Erparungen vornehmen. (Sehr wahr!) Uns ist bloß das Recht geblieben, Verneinerungen der prima plana zu bewilligen und bei der dadurch bedingten einseitigen Stellung zum Budget wollen wir in der Ausübung dieses Rechts zurückhaltend sein. Uebrigens läßt sich das französische Offiziercorps mit dem deutschen nicht so schlechtweg vergleichen. Das einjährig-Freiwilligen-Institut vermag dort nicht aufzu- kommen und damit fehlen dort die Reserve- und Landwehroffiziere. Unser stehendes Heer soll nur die Schule für den Krieg sein und seine Ergänzung durch Reserve und Landwehr finden. Wir haben noch bei weitem nicht die etatsmäßige Anzahl Lieutenanten, eine Vermehrung der Hauptmannstellen erweitert die Lücken unter den Lieutenanten, erschwert deren Compagniedienst, während die neuen Hauptleute fast nichts zu thun haben. Die Erhöhung der Zahlmeistergehälter empfiehlt sich schon finanziell. Mit der Erhöhung der Arzthälter sind wir erüberstanden, wenn man durch Streichung einer guten Anzahl ohnehin vacanten Militärärzten die etatsmäßige Zahl der Aerzte vermindert. Auf jeden derselben kommen jetzt im Durchschnitt nur 6 bis 7 Kranke. Dem Abgeordneten Lasker bemerke ich, es handelt sich nicht um eine neue Unteroffizierschule, sondern um Einrichtung von Unteroffizier-Vorschulen. Für den Unteroffizierstand kann noch manches geschehen, aber Knaben von 14 Jahren schon von der Familie zu trennen und einer militärischen Erziehung in solchen Schulen zu übergeben, ist pädagogisch falsch, heißt wie bei den Cadetten-Anstalten einen militärischen Kastengeist fördern. (Sehr richtig!) Die geringere Bildung der Unteroffiziere wird darüber noch schwerer hinwegkommen als die höhere Bildung der Offiziere. (Sehr wahr!)

Zudem will man die Knaben verpflichten, bei Strafe der Kostenentlastung, für jedes Jahr Schule späterhin zwei Jahre zu dienen. Im Marineetat treten neue im Lottengründungsplan nicht vorgesehene Extraordinarien hervor. Außerdem scheint das Maß der Indentifikation der Schiffe über diesen Plan hinauszuweisen. (Redner schildert sodann, wie der Minister auf einem Umwege die vor zwei Jahren abgelehnten neuen Seeartillerie-Compagnien einzuführen sucht; er tabelt an den Civilisten die seit 6 Jahren zum vierten Mal vorgenommenen Erhöhungen der Beschaften Gehälter in London und Petersburg.) Wir müssen uns um so mehr vor neuen Ausgaben hüten, als schon der bisherige Rahmen der Verwaltung von selbst Ausgabesteigerungen nach sich zieht. Allerdings werden auch die Einnahmen

des Reichs von selbst steigen, wenn die gegenwärtige Steuerbelastung überwinden ist. Aber die natürliche Ausgabevermehrung soll dieser Einnahmestärkung nicht vorantreten. Heutzutage muß auch die Reichsverwaltung sparsam sein. Zudem ist auch eine Steuerreform dringend notwendig, die aber nicht mit einer Steuervermehrung verbunden sein darf, die Aufhebung der Salzsteuer muß den Anknüpfungspunkt jeder Steuerreform abgeben. Zum Rathe wird es der Reichsverwaltung niemals gereichen, daß sie auch in der Milliardenseit nicht verstanden hat, diese kulturfeindliche, ungerechte Steuer zu befestigen. Schüsselle sind allmählig herabzusetzen, die Finanzsüsse zu vereinfachen. Landesstempelsteuern auf das Reich zu übernehmen — diese Frage läßt sich allgemein nicht entscheiden. Jedenfalls können Stempelsteuern und Verbrauchssteuern nicht, wie der Abg. Lasker meint, von Jahr zu Jahr normirt werden, das Verkehrsinteresse verbietet dies. Vorsteuern kann man nicht ohne Immobiliensteuern auf das Reich übernehmen. Uebrigens sind diese Steuern wenig einträglich. Nur unzulässigen conservativen Wählervereinigungen kann man darstellen, Börsensteuern vermögen die Gerechtigkeit herbeizuführen und das Christenthum vor der Ueberfluthung des Judenthums zu schützen. Directe Steuern auf das Reich zu übernehmen, weise ich nicht ab.

Der conservativste Steuerplan geht darauf hinaus, die indirecten Steuern an sich zu vermehren, die Matriculaerträge aufzubeugen und den Einzelstaaten es zu ermöglichen, den Communalverbänden Theile ihrer directen Steuer zur Verminderung der Communalfiscalen zu überlassen. Selbst wenn bei dieser Ueberleitung alles dem Steuerzahler zu Gute kommt, heißt dies nichts anderes, wie die Steuerlast der großen Menge, d. h. der minder wohlhabenden, durch Vermehrung der indirecten Steuern erhöhen, zum Zweck einer Entlastung der wohlhabenderen Klassen in ihren Einkommensteuern und Realsteuern. Außerdem wollen im Gegenzug zu den Conservativen wir in den Matriculaerträgen eine von der jährlichen Beschäftigung des Reichstages abhängige Einnahmequelle erhalten wissen. Ohne einen der Ausgabevermehrung folgenden Einnahmeerlös hat das Ausgabebewilligungsrecht keine Bedeutung. Ferner die Fundamentalfestsetzung des Reichs fortschreitend und dadurch der Reichskanzler für die laufende Verwaltung alle Vollmachten erhält, bedarf der Reichstag eines solchen Rechts der Regierung gegenüber zur Erhaltung der Uebereinstimmung der Regierung mit dem Reichstag. Der Reichstag hat nicht so viel Rechte, daß er auf die thatsächliche Ausübung irgend eines Rechts verzichten kann. Das Interesse an einem angenehmen und einflußreichen Reichstag ist nicht bloß ein freiwilliches, sondern auch ein einseitiges, weil zum Kitz der deutschen Einheit ein solcher Reichstag nicht minder gehört wie ein geachteter und im Volk beliebter Monarch. — Mit diesem Budget hängen so viel Fragen zusammen, daß es mir nicht möglich erscheint, die Staatsfestsetzung vor dem Beginn des Staatsjahres in den wenigen uns erübrigenden Tagen fertig zu stellen. Von Jahr zu Jahr hat man uns dazu einen knapperen Zeitraum gelassen. Wenn wir uns darauf auf eine immer übereilte Behandlung des Budgets drängen lassen, so verliert die Regierung dadurch selbst das Interesse, den Etat rechtzeitig vorzulegen. Das Interesse der Steuerzahler erfordert eine sachliche und gründliche Prüfung, und einer solchen empfehlen wir Ihnen die von uns gemachten Vorschläge. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Sie werden wohl von mir nicht erwarten, daß ich auf alle einzelnen vom Vorredner berührten Punkte eingehend erwidere, er hat die gesammte Specialdebatte heute vorweggenommen; sollten wir auf dieses System eingehen, nämlich gleichzeitig sämtliche Artikel des Budgets in einer Sitzung zur Specialdiscussion zu stellen, so würden allerdings alle Reden, die zu halten wären, sich zu derselben Länge ausdehnen müssen, wie die eben gehörte, und ich glaube, ich würde Ihnen keinen Gefallen thun, wenn ich heute bei der vorgerückten Zeit in derselben Länge antworten wollte. Ich will mich deshalb auf einige Anmerkungen über die principielle Stellung der verbundenen Regierungen zu einzelnen Punkten beschränken. Eine der letzten Aeußerungen des Vorredners giebt mir Gelegenheit, hier nochmals den Ausdruck des Bedauerns zu wiederholen, den der Präsident des Reichskanzleramts in einer anderen Sitzung, wo ich verhindert war, zu erscheinen, bereits ausgesprochen hat über die verspätete Vorlage des Budgets. Wir haben darüber von dem Herrn Vorredner und seinen näheren politischen Freunden eine ziemlich scharfe Kritik hören müssen, eine Kritik, die, glaube ich, wenn sie persönlich höflicher gewesen wäre, dadurch an Würde nicht verloren haben würde. Es ist uns Nichtslosigkeit, Mangel an Arbeitsfähigkeit vorgeworfen. Nun, Nichtslosigkeit ist, glaube ich, ein Ausdruck, der hier um deshalb nicht stattfindet, weil wir gearbeitet haben, so viel wir konnten — ultra posse nemo tenetur! Der Bedner soll mir doch Denjenigen unter uns nachsehen, der träge am Werk gewesen ist, der nicht mit Einlegung seiner ganzen Kraft, mit Zugrundelegung seiner Gesundheit daran gearbeitet hat, die gestrigen Herren hier rechtzeitig zu rufen zu stellen. Die Kritik darüber, daß das nicht gelungen ist, ist um so leichter für Denjenigen, der nicht versucht hat, ob er es denn in dieser Zeit hätte herstellen können, ob er denn in diesen wenigen Monaten mehrere Budgets hintereinander hätte leisten können. (Weiterleut.) Ich kann wohl sagen, gefeiert ist nicht worden, im Gegentheil.

Wenn Sie von mir Aufschluß darüber haben wollen, weshalb es so schwierig ist, das Budget rechtzeitig zu liefern, weshalb sich alle Jahre die Verpätung wiederholt, so ist es nicht Arbeitslosigkeit, auch nicht Nichtslosigkeit — diese Vorwürfe sind ungerecht. Es ist vielmehr ein zu großer Drang zum Arbeiten. Der Kampf zwischen den verschiedenen Persönlichkeiten, Ressorts und Stellen, welcher jeder Feststellung des Budgets vorhergehen muß, ist so rasch unter deutschen Gemüthern nicht zum Frieden zu führen. Es widerspricht dem berechtigten Selbstgefühl des Deutschen, die naheliegende Hilfe einer reichskanzlerischen Entscheidung zu fordern; — es ist ein Vorzug der Reichsorganisation, daß sie prohibitorisch vorbehalten des Appells an Se. Majestät den Kaiser gegeben werden kann, was beim preussischen Budget nicht der Fall ist. Dies widerspricht dem Selbstgefühl des Deutschen, er kämpft seine Sache allein durch. Ich habe dies in preussischen Verhältnissen bis zur Septimil und Septimil erlebt, die immer nur dieselben Gründe wiederholten. Wir sind in der Reichsverwaltung bis zur Tripit und Quatrupit auch schon gekommen, und ich habe meine ganz entschiedene Mißbilligung dieses Verfahrens ausgesprochen. Aber es ist nicht möglich, den alle unsere Verhältnisse, auch unsere parlamentarischen Debatten unter Umständen erfassenden furor teutonius aus den Kämpfen der Ressorts untereinander vollständig auszuschließen. Und da hilft mir auch keine Verfügung; es soll fertig sein; die Herren sind eben uneinig; jeder rechnet darauf, daß die Zeit, die zur Drucklegung erforderlich ist, vielleicht eingeschränkt werden kann. — Wenn deshalb gesagt wurde, wir hätten unter diesen Umständen den Reichstag später berufen sollen, so würde der später berufene Reichstag nach meiner Erfahrung menschlicher Schwäche sich ganz in derselben Lage befinden haben. Das Budget ist nur dadurch bis zum 2. oder 3. März fertig zu stellen gewesen, daß brennend zur Eile auffordernd an der Wand geschrieben stand: am 22. Februar kommt der Reichstag!

Wäre der Reichstag zum 2. oder 3. März einberufen worden, so gestiehe ich nach meinen langjährigen Erfahrungen: ich glaube, wir würden Ihnen vor dem 12. oder 15. März das Budget auch nicht haben vorlegen können. Und dabei behaupte ich doch, daß die Vorwürfe, die von dort und vorher noch mit zorniger Stimme unterbrechend wiederholt wurden, im höchsten Grade ungerechtfertigt sind, wenn sie von Nichtslosigkeit und Trägheit sprechen. Entschließen Sie sich allenfalls eine größere Beträglichkeit und einen schnelleren Appell an die Entscheidung des Reichskanzlers über streitige Fragen, dann werden wir zu einem rechtzeitigen Budget gelangen, und wenn sie darüber einen Tadel ausgesprochen haben, so bin ich Ihnen dankbar, er unterstützt mich in meiner Arbeit. Der Vorredner ist mit unseren Vorlagen unzufrieden, darauf war ich gefaßt; er steht mir seit einem Jahrzehnt gegenüber; mit keiner Regierungsvorlage ist er zufrieden gewesen, und ich glaube, wenn wir es in dem Sinne gemacht hätten, wie er vorschlug, so würde doch der Fehler, daß es von der Regierung kam, von der Regierungseite kam, seinen Beifall zurückgehalten haben. Wir wollten einmal hören, was gemüthlich wird. Wir haben die Wünsche des Vorredners gehört. Er hat uns im ersten Theil auf die Bahn verwiesen, die im vorigen Jahr und vor zwei Jahren bei den Reichsbudgetverhandlungen eingeschlagen wäre und hat seinen Entschluß kundgegeben, diese selbe Bahn scharf im Auge zu behalten. Wenn Jemand noch nicht weiß, wie er es machen will, dann sagt er: „ich werde die Sache im Auge behalten“, und wenn Sie diese Verströbung vom Regierungssitze mitunter auch gehört haben, so werden Sie darnach das Maß dessen, was Einer „im Auge behält“, finden können. Ich möchte darauf lieber das andere Sprichwort anwenden, welches sagt, daß man nicht viel im Auge behalten kann: es ist so wenig, daß man's „im Auge leiden“ kann. So ist auch der Trost, den der Vorredner für die Erfüllung der Reichsbedürfnisse im Auge behalten hat, so klein, daß man ihn allerdings im Auge leiden kann.

Er weist uns im Wesentlichen an, auf die Bestände zurückzugreifen, d. h. vom Capital zu zehren und die Wege zu betreten, die große und fremden Nachbarreiche — ja, ich glaube, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirtschaft — betreten haben. Er hat sich in dieser Beziehung ermutigt gefühlt durch einen Erfolg, den er im vorigen Jahre auf dem Gebiete der Marineverwaltung mit großer, mit einer mich überraschenden Leichtigkeit erzielte hat. Da muß ich aber doch erwähnen, daß ich selbst

einen ähnlichen Erfolg der Marineverwaltung gegenüber in den Monaten, die der Vorlage vorhergingen, vergeblich zu erstreiten versucht habe. (Hört!) Ich muß ja den einzelnen Ressorts glauben — sie verstehen die Sache; ich kann sie nicht kontrolliren — daß die Forderungen, die sie stellen, berechtigt sind. Mit der Marineverwaltung habe ich im vorigen Jahre einen Monate langen und mit vielem dialectischen Aufwande geführten Kampf gehabt, um die Mehrforderung, die sie dem Reichsfinanzminister gegenüber stellte (Heiterkeit) — als solchen betrachte ich den Präsidenten des Reichskanzleramts — herabzusetzen. Ich habe zuletzt vermöge der mir verfassungsmäßig zustehenden Berechtigung die Sache im Sinne der geringen Summe gegen die Marineverwaltung entschieden und konnte deshalb nicht erwarten, daß die Autorität oder die Ueberredungsgabe des Herrn Richter um so viel stärker wie die meine auf die Marineverwaltung wirken würden, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einnahm, daß sie mit einem noch geringeren Sage auskommen könnte, als dem von mir schließlich bewilligten und im Anfang bestrittenen. Durch die Folgerungen, die der Vorredner an dieses Ergebnis geknüpft hat, nöthigt er mich, gewissermaßen Interneta der Verwaltung hier klar zu legen, weil ich die Gefahren noch nicht befeitigt sehe, die sich daran knüpfen. Das nöthigt mich zu meinem Bedauern, dieses Verhältniß hier vorzutragen, wie es ist, um zu erklären, daß ich nicht glaube, daß sich solche Vorgänge wiederholen werden. Er hat uns also zur Dedung auf unsere Bestände, auf unser Capitalvermögen verwiesen und empfiehlt uns, dasselbe aus allen Ecken zusammenzutragen und davon zu leben, nicht aber für dauernde Ausgaben, die sich wiederholen, dauernde Dedungsmittel zu beschaffen, sondern eine solche Dedung aufzuschieben, bis wir unser Verhältniß an Capitalien aufgezehrt haben.

Ich begreife eigentlich nicht, warum er dabei stehen bleibt, die eiserne und die anderen Bestände und zunächst den Reichsinvalidenfonds zu diesem Experiment zu empfehlen. Man kann ja auch noch sehr viel weiter gehen. Wir würden ja eine lange Zeit hindurch gar keine Matriculaumlagen brauchen, wenn wir die Staatsbahnlinien, zunächst also von Seiten des Reichs die Reichseisenbahnen unter den Hammer bringen und diesen Capitalbestand, der uns wohl nicht soviel einbringt, wie er Privatleuten einbringt, veräußern, wenn wir demnachst den Staaten anheimstellen, diesen Weg weiter zu gehen, ihre Domänen und Forsten zu verkaufen, ihre Vertriebsfonds, wie der Vorredner uns empfiehlt, abzugeben (Lebhafte Widerspruch links), kurz und gut, das ganze Nationalvermögen, das wir besitzen und um Theil durch Gesetz gegründet haben budgetmäßig aufzubringen wie ein Verschwander, der vom Capital lebt und sagt: Ich werde nachher mit Bewilligungsanträgen kommen, wenn ich nichts mehr habe. Ich glaube, daß, wenn die österreichische Monarchie — nicht die jetzige Verwaltung, sondern die damalige, die das Geschäft des Verkaufs der Staatseisenbahnen an die französische Gesellschaft gemacht hat, — dies Geschäft rückgängig machen könnte, wenn man sich damals lieber an die Steuerkraft des Landes gewendet hätte, die österreichischen Verhältnisse, nicht nur die finanziellen, auch die wirtschaftlichen, auch die Verhältnisse des gegenseitigen Vertrauens in Geldsachen günstiger lägen als jetzt. Der Reichsinvalidenfonds ist durch ein Gesetz zu einem bestimmten Zwecke geschaffen und ich bitte Sie dringend, seine Verwendung auf diesen Zweck zu beschränken und ihn für die Invaliden, sowohl für die gegenwärtigen als auch — wovon uns Gott behahre — für die zukünftigen, bestehen zu lassen. Gönnen Sie dem Reiche dieses Capitalvermögen. Es sind auch Kriege möglich, in denen man keine Contributionen hat und bei denen man auf das, was man hat, angewiesen bleibt.

Wird das Gesetz auf legalem Wege geändert, so würde ein solcher Beschluß natürlich seinen Lauf haben, aber ich kann nur erklären, daß ich mich, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, dagegen wehren werde, daß auf diese Weise der Capitalbestand des Reichs angegriffen werde, um laufende Ausgaben zu bestreiten. Stehen wir denn andernfalls der Gefahr einer dauernden unerbittlichen Erhöhung der Matriculaerträge gegenüber? Ich glaube es wirklich nicht. Mit Steuervorlagen haben wir keine ermutigenden Erfahrungen gemacht. Vielleicht haben wir ungeschickt ausgewählt; gewöhnlich aber ist uns der auch heute wiederholte Satz entgegengetreten: wir wollen keine Steuervermehrung, wir wollen eine Steuerreform. Diesen Satz unterschreibe ich von ganzem Herzen und kämpfe dafür, so viel meine Gesundheit und meine geringe Arbeitskraft, die mir nach einem mühevollen Leben geblieben ist, es mir gestattet. Aber es giebt auch noch andere Leute, außer dem Herrn Vorredner, deren Einwilligung ich dazu gewinnen muß, namentlich, wenn ich deren thätige Mitwirkung dazu haben will. Ich allein kann dergleichen nicht machen und ausarbeiten und außerdem brauche ich die verfassungsmäßige Zustimmung anderer Factoren. Nur weil ich das Reich und die verbundenen Regierungen außer Stande sehe, in diesem Augenblicke Ihnen einen vollen Reformplan für unsere Zoll- und Steuererrichtungen vorzulegen, habe ich zu dem natürlichen Ausrufsmittel der Matriculaumlagen gegriffen. In Folge dessen hat man uns heute, seitdem ich hier bin und ehe ich hier war, vorgeworfen, wir hätten einen Mangel an Initiative bewiesen und daraus den weiteren Schluss gezogen, daß die Verantwortlichkeit nicht richtig organisiert wäre. Die Vorredner haben sich auf den constitutionellen Geist bezogen. Mit so unbestimmten Größen habe ich nicht viel zu thun, ich betrachte sie als untergeordnet den ganz positiven Bestimmungen der deutschen Verfassung. In einer schwierigen politischen Lage sehe ich zuerst die Verfassung an, was sie mich anweist zu thun, und an ihrer Hand glaube ich mich immer auf sicheren Wegen zu befinden. Sie sagt im Art. 70 — Sie kennen ihn alle, er wird aber in der Debatte so leichtgeschwiegen, daß ich ihn doch vorlesen möchte (Heiterkeit): „zur Befreiung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen.“

Insofern dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.“ Nun, da liegt also ganz klar der Hinweis, was das Reich thun soll, wenn seine Geldmittel zur Dedung der Ausgaben nicht ausreichen und danach muß ich mich halten. Ich weise die Aufgabe gar nicht von mir, darüber nachzudenken; aber daran zu arbeiten, daß es möglich wäre, fortwährend Ueberschüsse in den Kassen zu haben, würde mir immer vertheidlich sein, denn ich habe den Eindruck, daß die Gelder ungenügend von der ursprünglichen Stelle depicirt worden. Was soll der Staat mit solchem Ueberschuß machen? Wunderliche Luxusausgaben? Für diese ist unsere Zeit wenig incliniert. Ich kann kann also mit dem besten Gewissen erklären, daß ich keinen Ueberschuß erstrebe, sondern nur die Dedung dessen, was uns fehlt, die Reducirung der Matriculaumlagen, wenn es sein kann, gänzliche Abschaffung derselben; denn ich glaube, daß Sie bloß um der parlamentarischen Machtfrage willen unbedeutende Steuern behalten wollen. Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabebewilligungsrecht gesichert und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber ist ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Vorbestand des Reiches oder Staates nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gefesselte und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen, sonst kommt man ja überhaupt aus den Hemmnissen, aus einem Verhandlungskampf und Ringen nach Macht im Innern gar nicht heraus und zu der Erwägung, wie sich der schwere Steuerrod dem Volke am bequemsten, oder vielmehr, wie läßt er sich am besten, man hat gar keinen. (Heiterkeit.)

Nun bin ich außer Stande gewesen — auch selbst, wenn ich ganz gesund wäre, so würde ich außer Stande sein — bis jetzt die Friction zu überwinden, die sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über den Entwurf einer Steuerreform entgegenstellt. Ich glaube, Sie unterschätzen überhaupt die Frictionen, unter denen ein Minister zu arbeiten hat, bevor er vor Sie treten kann und das erste Wort spricht. Ich weiß etwas davon; denn meine ursprünglich kräftige Constitution ist dabei zu Grunde gegangen, meine Arbeitskraft ist zum großen Theil aufgebraucht. Ich müßte, wenn ich meiner Pflicht halbwegs genügen wollte, 10 bis 15 Stunden den Tag arbeiten können. Das habe ich lange Zeit gethan; aber jede noch so tragische Natur, mag sie noch so arbeitslustig sein, wird dabei aufgerieben, und namentlich die Herren, die einen so großen Antheil an unnützem Verbrauch der ministeriellen Kraft haben, sollten doch Mangel an Arbeitskraft und Nichtslosigkeit nicht gerade vorwerfen. (Heiterkeit.) Nun ich erkläre also, daß wir vor der Hand innerhalb des Reichskanzleramts und in den Reichsbehörden mit Hinzuziehung der preussischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten, daß ich die Hoffnung habe, daß sie und zwar in dem von dem Abg. Richter getadelten Sinne einer Verklärung der indirecten Steuern (Bravo rechts, Abfall links) Ihnen in der nächsten Reichstagsession wird vorgelegt werden können. Wenn dann der Gedanke des Herrn Richter die Oberhand gewinnt, daß die indirecten Steuern vorzugsweise den Armen belasten und den Reichen frei lassen, wenn das wirklich ein richtiger wirtschaftlicher Satz sein sollte, dann könnte das Haus ja diese Reform ablehnen, und wir werden dann wieder von vorn anfangen müssen, resp. zu einer Reichseinkommensteuer oder zu

directen Steuern schreiten müssen. Wir werden dann also in der Lage sein, den Einwohnern der großen Städte, die ja die Mahl- und Schlachtsteuer bereitwillig abgeschafft haben und sich durch goldene Berge verschaffen und die jetzt an der Aufgabe laboriren, durch directe Klassensteuer Ausfälle von minimen Beträgen auch nicht annähernd aufbringen zu können, was bei der Mahl- und Schlachtsteuer mit Leichtigkeit getragen wurde. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, das Brot ist nicht um einen Pfennig wohlfeiler geworden; das Fleisch ist nicht billiger geworden; etwas weniger gut ist es allerdings geworden (Heiterkeit), und dabei sind die Preise auf dem Lande im Sinken doch nicht theurer. Ich frage also, wo bleibt der Zufluß, der dabei besteht? Es werden ja sachkundige Herren dies ermitteln und Herr Richter wird mit Sicherheit nachweisen, daß er diese Sache ganz genau versteht und weiß, sonst würde er so bestimmt nicht behaupten, daß die indirecten Steuern eben an und für sich verwerflich sind, indem sie nur den Armen treffen. Ich habe den Eindruck, daß der Armee unter dem Regiment der indirecten Steuern sich wohl befindet. Worin das liegt, weiß ich nicht, da appellire ich wieder an die Sachkunde des Herrn Richter, der weiß es ja (Heiterkeit). In diesem Sinne also, einer Erhöhung der Zölle und Steuern auf nicht absolut notwendige, auf notwendige, auf unentbehrliche Artikel, Tabak in erster Linie, Bier — nun ich will nicht wieder die Kritik heraufbesornen, indem ich namentlich alle Artikel aufzähle — ich habe ja den Vorwurf des Dilettantismus in diesen Dingen oft genug hören müssen; aber wenn der Dilettant nicht an dergleichen arbeitet, die Sachkenner thun es nicht, die gehen ungern aus dem Geleise heraus, an das sie einmal gewöhnt sind, sie müssen also die Hilfe des Dilettanten in dieser Richtung schon annehmen (Heiterkeit), der sich hinter den Worten stellt und schiebt, wie er kann. War es nun möglich, schon in diesem Reichstage eine systematisch geordnete Steuerreform vorzulegen, unmittelbar nachdem wir innerhalb 4 bis 5 Monaten drei Budgets zu bewältigen hatten? Das kann ich mit bestem Gewissen verneinen. Es ist ja die Frage aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig gewesen wäre, eine einzelne Steuer, etwa eine Tabaksteuer im Betrage von vielleicht 22 Millionen Mark, Ihnen jetzt vorzuschlagen, um als Ersatz für die Matriculaerträge die Einnahmen zu erhöhen.

Die Sache hat ihr Für und Wider gehabt. Ich räume offen ein, daß ich mich da gegen erkläre, und lieber ein Jahr hindurch die Unannehmlichkeit hoher Matriculaumlagen tragen, als die Steuerreform dadurch schädigen will, daß man einen der besten Steuerartikel, von dessen Schwimmkraft ich erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde, vorweg nimmt und ein Provisorium einführt, daß die notwendige gründliche Reform erschwert. Der durchschlagende Grund, der meine Herren Kollegen zu meiner Meinung gebracht hat, war allerdings ein ziemlich äußerlicher. Ich sagte ihnen: ich bin positiv überzeugt, der Reichstag lehnt ab (Heiterkeit) und diese Ueberzeugung hat sich bei mir auch festgesetzt, daß wir Ihnen mit einer einzelnen Steuer ohne allgemeine Reform nicht mehr kommen dürfen. (Sehr richtig!) Sollte ich mich darin irren, ja dann ist der Moment, daß der Reichstag vielleicht irgend eine Resolution dahin faßt, die Regierungen sind über unsere Stimmung und die Stimmung des Volkes im Irrthum, wir würden auch eine einzelne Steuer bewilligen. In einer solchen Initiative will ich Ihnen ja gar nicht die Verpflichtung für immer aufzulegen, aber Ihr Recht ist unbedingt die Initiative; und wenn Sie von diesem Rechte Gebrauch machen, so ist das ein sehr einfaches Mittel. Deshalb brauchen wir noch nicht die sämmtlichen Kräfte des Finanzministeriums in Anspruch zu nehmen, sondern 15 Abgeordnete unterstützen eine Resolution und dieselbe kann in kurzer Zeit angenommen werden. Es ist eine große Ueberzeugung, wenn man uns vorwirft, wir hätten die Initiative auf die Landtage: wenn man mir vorwirft, daß ich sie auf die einzelnen Regierungen schieben möchte, so wäre das vielleicht eher berechtigt, denn ich wünschte allerdings bei den geringen Kräften der Reichsfinanzverwaltung eine lebhafte Unterstützung von einzelnen Regierungen, um solche Reformarbeiten zu bewältigen. Mit zerren und schieben läßt sich die inners moles aller derer, welche uns dabei helfen sollen, nicht in Bewegung setzen; dazu brauchen wir eine freiwillige Unterstützung, die uns mit schiebt und trägt. Das Zerren und Schieben derer, von denen wir eine Förderung und Erleichterung zu erwarten berechtigt sind, das hat mich zu Grunde gerichtet, das bin ich müde. Also wenn wir da nicht Beistand haben, so werden wir passiv verharren.

Die Reichsverfassung giebt uns die Möglichkeit, es abzuwarten, indessen hoffe ich, daß die verbundenen Regierungen mit uns, auch die nicht gerade zu den kleineren und von Matriculaumlagen am meisten gebrühten gehörenden, einsehen werden, daß sie nach dieser Richtung hin die Reichsverwaltung fördern müssen, wenn sie sich consolidiren soll, und daß wir auf einen freiwilligen Beistand ein Recht haben, weil wir ohne den eben nicht vorwärts können. Da verstanden wir in particularistischen Bestrebungen, am allermeisten in denen des preussischen Particularismus. Da komme ich denn auf die vom Abg. Lasker angeregte Frage, daß der ganze Uebelstand seine Ursache darin habe, daß wir keine Reichsministerien haben, keinen verantwortlichen Reichsfinanzminister. Nun den können Sie auch nicht zwingen Vorlagen zu machen. Mit diesem Streben nach Reichsministerien zwingen Sie sich in der Abfassung ihrer Bedeutung, denn es sind Ministerien ohne Macht und Verwaltung hinter sich. Wir haben ein warnendes Beispiel am Reichseisenbahnname gehabt (Bewegung), wo eine hohe Reichsstelle mit großen Ansprüchen, welche sie machte und welche an sie gestellt wurden, aber ohne jegliche Macht ihnen Nachdruck zu geben, geschaffen ist, was dahin geführt hat, daß Beamte von Selbstgefühl in dieser Stellung nicht ausbarren wollen und der jetzige Inhaber mir jetzt gesagt hat: Schaffen Sie mir eine Stelle im preussischen Dienste, mag sie auch geringer besoldet sein; es ist ein niederdrückendes Gefühl, keinem der Ansprüche, die ich an mich selbst und die die Welt mit Recht an mich stellt, genügen zu können (Hört!). In derselben Lage würden die Reichsministerien sein. Sie würden im Durchschnitt nur das sein, was jene hochgestellten asiatischen Persönlichkeiten sind, die ein großes Ansehen äußerlich haben können, eine große Machtvollkommenheit aber nicht haben; der Taktik würde immer in den Particularstaaten stehen (Heiterkeit); es würden eben Minister sein, die also in keinem Particularstaate eine bestimmte Wurzel hätten, kein Recht zum Mitreden im Einzelstaate, sondern sie würden allein auf die Reichssovereän angewiesen sein und das praktische Leben würde außerhalb ihrer Vertheiligung sich bewegen und zwar im rein particularistischen Sinne.

Dieser Reichspräsident ohne Wurzel im Einzelstaate gegenüber würde sich der Ding des Particularismus ganz fest schließen, Preußen an der Spitze und der ärgste Widersacher des Reichsfinanzministers würde der preussische Finanzminister sein. Zustimmung.) Ich spreche aus der Praxis und bin dahin gekommen, daß ich gewillt habe, daß die höheren Reichsbeamten, die Reichsminister, im preussischen Ministerium sitzen und stimmen, um diesen Hauptparticularisten für das Reich zu gewinnen. Denn daß man den Stab über die Mauer wirft und gewissermaßen in Feindesland die Reichssovereän aufspaziert, — wenn ich mir erlauben darf, Feindesland ein Collegium zu nennen, dessen Vorsitzender ich selbst bin (Heiterkeit), und indem ich bisher der Einzige war, der den wirklichen Amtsberuf hatte, Reichsgeobanten, Reichspolizei zu vertreten; die anderen Herren hatten ihr Ressort und wenn es hoch kam, preussische Interessen zu vertreten, womit ich nicht sagen will, daß sie nicht in ihrem Herzen deutsche Patrioten waren; aber der deutsche Beamte, dem geht die Gewissenhaftigkeit über das Herz und er treibt das worauf er geschworen hat, zuerst. Aber auch das Reich ist doch für einen Minister, der nur ein preussischer ist — ich spreche immer, meine Herren, nur von Preußen, weil mir das Niemand abnehmen kann, da ich selbst dazu gehöre; ich könnte auch von anderen sprechen (Heiterkeit), aber es würde mir da gesagt werden, kritisiren Sie sich selbst erst und fangen Sie bei sich erst an, dergleichen zu tabeln, ehe Sie auf uns andere übergehen; nehmen Sie daher nicht etwa an, daß ich Preußen allein anlagern wollte (Heiterkeit); ich fühle mich nur nach meiner preussischen Höflichkeitspflicht berechtigt, gegen die eigene Familie etwas gröber aufzutreten, wie gegen die weiteren Vettern; — aber ganz gewiß ist, daß ich den Haupteinfluß, den es nun zu üben geglaubt ist, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preussischen Macht gefunden habe.

Ich habe das Andere verjagt, habe einige Zeit aufgehört, preussischer Ministerpräsident zu sein, und habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich aber darin vollständig getäuscht. Nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt, entweder will ich ganz abgeben oder ich will im preussischen Ministerium das Präsidium wieder haben. Das ist auch ganz richtig; aber es genügt nicht, da ich die einzige Reichsperson darin bin. Schreiben Sie mir aber die preussische Wurzel ab und machen mich allein zum Reichsminister, so bin ich so einflußlos wie jeder Andere. Trennen Sie das vollständig auch so, daß der Kaiser nicht gleichzeitig in seiner Eigenschaft als König von Preußen die obersten Beamten des Reiches in den Bundesrath ernannt. Das würde die natürliche Folge davon sein. Was hat denn eigentlich der König von Preußen für einen Beruf, dem Reichspostmeister und dem Chef der Abtheilung für Elsaß-Lothringen eine von den 17 preussischen Stimmen im Bundesrath zu leihen, während eine Menge preussischer Beamten da sind, die vielleicht für rein preussische Interessen besonders thätig wären. Da aber der König von Preußen zugleich Kaiser von Deutschland und sein Ministerpräsident zugleich Reichskanzler ist, so hat sich das von selbst gemacht und

Berlin, 10. März. Spiritus loco ohne Faß 53,5-6 Markt bez., per März - M. bez., per April-Mai 54,7-5-7 M. bez., per Mai-Juni 55 bis 54,8-55,1 M. bez., per Juni-Juli 56-55,8-56 M. bez., per Juli-August 57-56,8-57,1 M. bez., per August-September 57,5-4-6 M. bez. Gef. - Liter. Kündigungspreis - M.

Berliner Börse vom 10. März 1877.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Courses', 'Wechsel-Courses', and 'Eisenbahn-Stamm-Acties'. It lists various financial instruments and their current market prices.

Table titled 'Hypothekens-Certifikate' listing mortgage certificates from various banks and their respective values and interest rates.

Table titled 'Ausländische Fonds' listing foreign bonds and securities, including those from the United States and other international markets.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Acties' listing railway priority stocks from various companies and their market prices.

Table titled 'Bank-Papiere' listing various bank notes and paper currencies from different banks.

Table titled 'Industrie-Papiere' listing industrial stocks from various manufacturing and service companies.

Table titled 'Bank-Discont' listing bank discount rates and related financial data.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts Sternwarte zu Breslau.

Table of meteorological observations for Breslau, including temperature, wind speed, and atmospheric pressure for March 10 and 11.

Bekanntmachung. Mittwoch, den 21. März e., findet hierorts Krammarkt statt. Dienstag, den 2. März 1877. Der Magistrat.

Stadt-Theater. Montag, den 12. März. Wiederholung bei halben und ermäßigten Preisen: Zehntes Gastspiel des Herrn Franz Temele, vom Stadt-Theater zu Wien (Laube), Gastspiel der Frau von Moser-Sperner, sowie Gastspiel der Mitglieder des Berliner Stadttheaters. Zum 3. Male: 'Die Hofa Dominus' in 3 Acten von Herrn Guin und Delacroix.

Lobe-Theater. Montag, den 12. März. Vorzügliches Gastspiel des Fr. Uffe, Fr. Lehberg, Herrn Käppler und Herrn Schenk. Zum ersten Male: 'Fatima'.

Thalia-Theater. Montag, den 12. März. Drittes Gastspiel des Herrn Heinrich Grans. 'Die Nacht am Abgrund' Schauspiel in 3 Aufzügen von Heinrich Grans. Arrangirt von Frau Christine Will. Zum Schluss: 'Wo bringt man seine Abende zu?' Lustspiel in 1 Act mit Gesang.

Victoria-Theater. Täglich. [4212] Grosses Concert und Vorstellung. Auftreten sämtlicher neu engagierter Künstler und Specialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Provinzial-Gewerbeschule zu Schweidnitz. Zum Beginn des Sommer-Semesters am 9. April cr. wird wiederum ein Cörsus B. zur Klasse II. als Vorbereitungscursus für neu eintretende Schüler eröffnet.

Mädchenschule, Neue Matthiasstraße 5 (4flüßig), beginnt den Sommer-Cursus am 9. April c. [3722] Bertha Orthmann, (Sprechst. v. 2-3 Uhr.) Eugenie Richter.

An die Actionäre der Schlesischen Vereinsbank. Diejenigen Actionäre, welche für Auflösung dieses Instituts stimmen resp. den Antrag auf Liquidation gemeinschaftlich mit mir stellen wollen, ersuche ich ihre Actien so schnell als möglich bei den zur Deposition der Actien für die Generalversammlung vom 6. April c. von der Bank bestimmten Stellen, nämlich bei dem Hause Jacob Landau, Berlin und Breslau, bei der deutschen Bank in Berlin, den Herren Wehrens-Söhne in Hamburg zu deponiren mit der ausdrücklichen Erklärung, daß diese Actien außer zu den auf den 6. April c. ausgeschriebenen Generalversammlungen noch behufs des von mir zu stellenden Antrages auf Liquidation deponirt sind.

Wilhelm Brenken. Neue hochwichtige Erfindung. von Levetzow's Patent-Culturtopfe. Auf verschiedenen Ausstellungen prämiirt und von größten Fach-Autoritäten empfohlen; für Zimmerblumen-Cultur ganz besonders geeignet.

Central-Depot: Fr. Zimmermann, Krystallglas-, Porzellan- u. Luxuswarengeschäft, Breslau, Ring Nr. 31.

Die Fabrik leinener Waaren von E. Diebitsch aus Schmiedeberg offerirt zum Breslauer Markt: Meisterleinen, Weiße und bunte Leinwand Taschentücher, Weisse Leinwand in allen Qualitäten und Breiten von unschädlicher Rasenbleiche, sowie: blaue und blaugebrühte Schürzenleinen, blauegedruckte abgewaschte Schürzen, leinene Creas-Gläsertücher mit bunten Ranten, Prima Creas- oder Hausleinenwand, halbrohe Küchenhandtücher in verschiedenen Breiten zu Fabrikpreisen.

Gerl. Ausverkauf. Der gerl. Ausverkauf des Herren-Garderoben-Lagers, Albrechtsstraße Nr. 49, hat begonnen und werden die Bestände von Herren- und Knaben-Garderoben zu gerl. Preisen ausverkauft; auch ist die gut erhaltene Einrichtung zu verkaufen.

Papp- und Holzcementdächer werden zu billigsten Preisen unter langjähriger Garantie für und fertig hergestellt und auch Reparaturen gewissenhaft ausgeführt von Carl Mannich, Solcment- und Dachpappen-Fabrik, Breslau, Bahnhofstraße Nr. 11, Nauscha, a. d. Kgl. N.-Markt. C.

Silesia, Verein chemischer Fabriken. Unter Gebalts-Garantie offeriren wir die bekannten Dünger-Präparate unserer Fabriken zu Saarau, Breslau und Merzdorf, sowie die sonstigen gangbaren Düngemittel. Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco. Bestellungen bitten wir zu richten an unsere Adresse entweder nach Saarau, Breslau (Schweid-Stadigr. 12) oder nach Merzdorf (a. d. schlef. Geb.-B.) [3717]

Vistitenkarten, Verlobungsanzeigen, Monogramme, N. Raschkow jr., Hoflieferant, [3962] Schweidnitzerstraße 51.

Restaurations-Verpachtung. Mit Bezug auf unsere Anzeige vom 2. Januar d. J., die Verpachtung der im städtischen Tabernengebäude gelegenen großen Restaurationslocalitäten nebst Concert- und Ballsaal, sowie Wohnung etc. betreffend, haben wir zur Abgabe der Gebote einen Termin auf Sonnabend, den 17. März d. J., Vormittags von 11 bis 12 Uhr, im Sitzungszimmer auf dem Rathshaus anberaunt. Die Bedingungen sind während der Amtsstunden im Bureau einzusehen, werden auch gegen Zahlung der Copialien schriftlich aufgestellt. Glas, den 3. März 1877. Der Magistrat. [989]

Hotel-Verkauf oder Verpachtung. Ein frequentes Hotel mit großem Salon, schönen Zimmern, großem Gesellschaftsgarten mit Colonnaden, Orchester, Kegelbahn, Gießel, in einer Stadt von circa 11,000 Einwohnern, ist mit sämmtlichem Inventar bei 4000 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen oder zu verpachten und zum 1. April zu übernehmen. Nähere Auskunft ertheilt F. Döring in Lauban, Vorwerkstraße 2. [1106]

Hotel-Verkauf oder Verpachtung. Ein ältere, alleinlebende anständige Frau, in Haus- und Landwirtschaft erfahren und in feiner Küche, Baden und Einlegen durchaus perfect, sucht per bald oder 1. April Stellung als Wirthschafterin, sub Nr. 828 Bahnhof Modlau postlagernd. Für Herrschaften. Eine hochgelegene erste Etage, 13 Zimmer, schöne Aussicht, an der Promenade, mit allem Comfort bis zur Telegraphie, per 1. Juli zu vermieten. Näheres zu erfragen in dem Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Breslau, Ring 4. [4329]

Ein feines Zimmer, Fr. Zimmermann, Krystallglas-, Porzellan- u. Luxuswarengeschäft, Breslau, Ring Nr. 31. Petroleum a Liter 30 Pf., Cir. 19 Marl. [3898] U. Gonschior, Weidenstr. 22. Der verantwortliche Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.